

Ä54 zu A-3: Stadtentwicklung, die Mitte lebenswert macht

Antragsteller*innen Arbeitsgemeinschaft Soziales

Antragstext

Von Zeile 75 bis 79:

Um Mieter:innen besser vor unlauteren Methoden ihrer Vermieter:innen zu schützen, ~~sorgen~~möchten wir ~~außerdem für die Einhaltung von~~Durchsetzung der Möglichkeiten des § 6 Wirtschaftsstrafgesetzbuch verbessern, um Mieter:innen vor „Rausmodernisierungsmaßnahmen“ zu schützen. Dazu haben wir bereits zwei Stellen im Wohnungsamt geschaffen und wollen Musterklagen anstrengen.

Durch eine Konsequente Anwendung des § 5 Wirtschaftsstrafgesetzes wollen wir Mietwucher bekämpfen. Die bezirkliche Mieter:innenberatung wollen wir ausbauen und den Erfordernissen anpassen.

Wir streben eine intensive Zusammenarbeit mit den Berliner Mieterorganisationen und bezirklichen Mieter*inneninitiativen an.

Der Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ ist ein Weckruf an die Politik, dass dem im Grundgesetz festgeschriebenen Leitsatz „Eigentum verpflichtet“ auch im Bereich Wohnen und Boden Geltung verschafft werden muss. Wir unterstützen die Ziele des Volksbegehrens. Zentral dabei ist, die Mieter*innen zu schützen, Spekulationen Einhalt zu gebieten und den gemeinwohlorientierten Wohnungsbestand zu erhöhen.

Begründung

1. Konkretisierung, was der §6 meint. Außerdem ist wohnungspolitisch auch der §5 wichtig. Denn gegen Mietwucher sind wir ja auch.
3. Müssen wir die Partnerschaft mit Mieter:inneninitiativen und Mieter:innenorganisationen stärken.
3. Der Absatz zum Volksentscheid entspricht der bisherigen grünen Beschlusslage und dem vorherigen Wahlprogramm und wurde deshalb ergänzt.